

Kein Kalter Krieg, aber eine Krise des Vertrauens

Deutsche Sicherheitspolitik in der Ära Trump & Putin

ein Kommentar von
Dr. Florian Böller,
Heidelberg Center for
American Studies (HCA) an
der Ruprecht-Karls-Universität
Heidelberg

Sowohl innerhalb der transatlantischen Gemeinschaft als auch im Verhältnis zu Russland steht die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik vor großen Herausforderungen. In beiden Fällen ist der Kern der Problematik eine Krise des Vertrauens, die Kooperation erschwert und Konflikte verschärft. Donald Trumps „America First“-Politik hat bereits nach weniger als zwei Jahren schweren Schaden im transatlantischen Bündnis angerichtet und bestehendes Vertrauen zerstört. Wladimir Putins aggressive Außenpolitik hat in den vergangenen vier Jahren ebenfalls Unsicherheit und Misstrauen geschürt. Während sich Reichweite, Ursachen und resultierende Handlungsoptionen unterscheiden, bestehen auch Verbindungen zwischen beiden Themenkomplexen. Beide Phänomene sind Symptome einer neuen Weltordnung, die alte Strategien aus der Ära des Kalten Kriegs obsolet machen – daher ist ein Vergleich mit den Begrifflichkeiten dieser Zeit auch nicht zielführend.

USA

Blickt man auf die USA unter Trump, dann fällt zunächst auf, dass sich Amerika als Führungsmacht der liberalen Weltordnung verabschiedet. Diese Abkehr hat sich angekündigt. Sie ist Ausdruck einer gesellschaftlichen Überforderung mit den Kosten der Führungsrolle und setzte spätestens mit dem Irak-Krieg 2003 und der großen Rezession 2008/2009 ein. Trumps nationalistischer Kurs wirkt wie ein Brand-

beschleuniger dieses Trends. Der 45. Präsident löst bestehende Kooperationen mit Europa auf (z. B. das Pariser Klimaabkommen oder den Iran-Deal), rüttelt an der internationalen Handelsordnung und droht mit dem Rückzug der USA aus der NATO. Überdies hat Trump wiederholt den Kern der NATO in Frage gestellt, nämlich die Beistandspflicht nach Artikel 5 des Washingtoner Vertrags. Die Folge ist ein massiver Vertrauensverlust gegenüber den USA. Laut Umfrage¹ sehen nur noch 14 Prozent der Befragten in Deutschland die USA als vertrauenswürdigen Partner an.

Russland

Die Politik des russischen Präsidenten Putin hat ebenfalls kaum dazu geführt, vertrauensvolle Beziehungen mit Deutschland oder Europa zu etablieren. Im Gegenteil: Mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim und der Eskalation des Konflikts in der Ost-Ukraine hat Russland die europäische Sicherheitsarchitektur massiv erschüttert. In Syrien sorgt die russische Militärintervention dafür, ein mörderisches Regime an der Macht zu halten. Hinzu kommen Provokationen an der Ostgrenze der NATO sowie der Anschlag mit dem Nervengift Nowitschok auf einen ehemaligen russischen Spion in Großbritannien und Cyber-Angriffe auf demokratische Institutionen in Europa und den USA, für die ebenfalls Moskau verantwortlich gemacht wird.

>>

¹Große Mehrheit: USA kein verlässlicher Partner, Politbarometer, 18.5.2018 (www.zdf.de/politik/politbarometer/grosse-mehrheit-usa-kein-verlaesslicher-partner-100.html).



NATO-Russland-Rat: Militärausschuss der Verteidigungsminister im Januar 2014

>>

Welche Folgen ergeben sich daraus für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik im europäischen Kontext?

Erstens sind beide Herausforderungen miteinander verwoben. Denn Deutschland und seine europäischen Partner müssen Lösungen für das Verhältnis zu Russland finden und können dabei nicht mehr uneingeschränkt mit Unterstützung aus Washington rechnen. Trump untergräbt die Glaubwürdigkeit der USA innerhalb der NATO und sucht stattdessen eine Annäherung an Russland trotz innen- und außenpolitischen Widerstands. Dies stellt eine neue Situation dar und unterscheidet sich deutlich von der klaren Konstellation des Kalten Kriegs.

Eine wichtige Schlussfolgerung ist daraus **zweitens**, die Integration der Sicherheits- und Verteidigungspolitik auf europäischer Seite voranzutreiben. Das gilt unter anderem für eine stärkere Verzahnung der einzelstaatlichen Fähigkeiten, für die effizientere Koordinierung gemeinsamer Rüstungsprojekte oder für den bislang vernachlässigten Bereich der *Cyber*-Sicherheit. Dazu muss Deutschland einen Beitrag leisten. Dies wird nicht zuletzt von den Verbündeten in Osteuropa erwartet, die sich von Russlands Außenpolitik besonders bedroht sehen. Deutschland wird

daher eine deutliche Erhöhung seiner Verteidigungsausgaben in Richtung des lange vor Trump beschlossenen Ziels von zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts auf den Weg bringen müssen.

Drittens muss verloren gegangenes Vertrauen wiederhergestellt werden – hierfür werden Zeit und politisches Kapital benötigt. Zentral sind der Aufbau bzw. die Reaktivierung von Kommunikation. Gegenüber den USA sollten sich die Bemühungen auf jene Akteure in der Administration richten, die ein nachhaltiges Interesse an der transatlantischen Allianz zeigen, z. B. Verteidigungsminister James Mattis. Im Kongress sollten führende Politiker beider Seiten eingebunden werden, die bereits jetzt die Bündnispolitik Trumps kritisieren, z. B. Lindsey Graham (R-SC) oder Jeanne Shaheen (D-NH). Gegenüber Russland sollten Kommunikationskanäle wie der NATO-Russland-Rat genutzt werden, um die Transparenz zwischen beiden Seiten zu erhöhen und in einen politischen Dialog zu treten. Dabei sollte klar sein, dass eine Verbesserung der Beziehungen zu Russland – und nicht zuletzt die Aufhebung bestehender Sanktionen – nur dann erfolgen können, wenn Russland seiner Verantwortung zur Wiederherstellung von Frieden und Sicherheit in der Ukraine und in Europa insgesamt gerecht wird.



zum Autor: Florian Böller ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Post-Doktorand des DFG-Graduiertenkollegs „Autorität und Vertrauen“ am HCA. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen die US-amerikanische Außenpolitik, transatlantische Beziehungen sowie die Rolle von Vertrauen in der internationalen Politik.